

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ralf Stadler

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian Ritter

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen - verminderten

Umsatzsteuersatz einführen (Drs. 18/21955)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Stadler von der AfD, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Vizepräsident! Werte Kollegen, durch die enorm gestiegene Inflationsrate kommen immer mehr Menschen an ihre finanziellen Grenzen, sagt VdK-Präsidentin Bentele. Besonders die Fahrt zur Tankstelle wird wegen der explodierenden Kraftstoffpreise für immer mehr Leute zum Horrortrip. Aber woher kommt denn der hohe Spritpreis? Am Rohöl alleine kann es doch nicht liegen. Der Preis für das Barrel war schon mal deutlich über 100 Dollar, und trotzdem war der Kraftstoff an der Tankstelle billiger als heute. Bereits 1998 forderten die GRÜNEN, dass der Benzinpreis auf 5 DM ansteigen soll – angeblich, um das Autofahren umweltfreundlicher zu machen. CDU/CSU und SPD müssen daran erinnert werden, dass sie genau wie die GRÜNEN das Tanken für den sogenannten Klimaschutz teurer machen wollten und das sogar beschlossen haben. Kanzler Scholz sagte 2021 sogar, dass er den momentanen Benzinpreis gar nicht kennt. Solche Herrschaften entscheiden über unsere Steuern und Abgaben und werden selber mit Elektro-Bonzenschlitten zum Termin chauffiert, finanziert von den Steuerzahlern, die jeden Tag auf ihr Verbrennerauto angewiesen sind.

Die aktuellen Spritpreise sind in Europa fast nirgends so hoch wie bei uns. Wissen Sie, wie sich der Benzinpreis zusammensetzt? – Auf Kraftstoffe wird die Energiesteuer – früher Mineralölsteuer – erhoben. Diese beträgt zurzeit für Benzin 65,45 Cent pro Liter. Der CO₂-Ausstoß wird sogar doppelt besteuert, nämlich durch die Kraftfahrzeugsteuer, die an den CO₂-Ausstoß gekoppelt ist. Seit 2021 werden fossile Brennstoffe zusätzlich wieder im Rahmen der CO₂-Bepreisung mit 7 bis 8 Cent pro Liter belegt. Dann kommt auch noch die sogenannte Erdölbevorratungsabgabe dazu, und auf den Nettoverkaufspreis von Kraftstoffen fällt zudem die Mehrwertsteuer an, die mit den steigenden Nettopreisen immer weiter zunimmt.

Vor dem sogenannten Tankrabatt entfielen mehr als die Hälfte auf Steuern und Abgaben, nämlich insgesamt 1,08 Euro – bei einem Verkaufspreis von 2,10 Euro pro Liter Super. 2020 flossen sage und schreibe 34,5 Milliarden Euro aus der Mineralölsteuer an den Staat. Die EU räumt neuerdings die Möglichkeit ein, die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel drastisch zu senken, und zwar auf 0 %. Das sollte auch für Spritpreise möglich sein.

Spanien hat die Gaspreise begrenzt. Italien hat Verbrauchern einen Teil der Energierechnungen erlassen. Ungarn hat die Benzinpreise gedeckelt. Polen hat die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom gesenkt. – Und was macht unsere Regierung? – Die zeitweilige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, der sogenannte Tankrabatt, ist inzwischen fast wirkungslos verpufft. Kann man das Nachhaltigkeit nennen?

Als Gipfel erhebt dieser Staat auch noch Steuern auf Steuern, nämlich Umsatzsteuer auf CO₂-Steuer und Energiesteuer. Angesehene Steuerrechtler halten diese Vorgehensweise für unvereinbar mit den Prinzipien des Rechtsstaats. Die doppelte Besteuerung von Kraftstoffen ist unsozial. Denken Sie mal bitte darüber nach, was Sie den Bürgern, von denen Sie als Volksvertreter in dieses Parlament gewählt worden sind, alles zumuten, und stimmen Sie bitte schön unserem Antrag zur Entlastung der Steuerzahler zu.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter des ländlichen Raums ist es mir ein außerordentliches Bedürfnis, aufgrund dieser gestiegenen Energiepreise hier eine Lanze für den ländlichen Raum zu brechen, damit dort Leben nach wie vor möglich ist. Es ist allgemein anerkannt, dass wir eine Entlastung bei den Energiepreisen brauchen. Die Parteien machen hier die unterschiedlichsten Vorschläge. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits Anfang März einen entsprechenden Antrag zusammen mit Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eingebracht, dass wir die Steuersätze, sowohl was die Energiesteuer angeht als auch was weitere Steuern wie die Stromsteuer usw. angeht, so weit herunterzusetzen, wie es europarechtlich erlaubt ist.

Die AfD stellt heute einen Antrag, der voraussetzen würde, dass wir die Mehrwertsteuerrichtlinie auf europäischer Ebene ändern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das führt definitiv nicht zu einer schnellen Entlastung. Jeder kann sich vorstellen, wie lange es dauern würde, diese Richtlinie zu ändern. Wir brauchen hier eine schnelle Entlastung. Für diese Richtlinie braucht es auch Einigkeit.

Das ist ein Dringlichkeitsantrag der AfD, der angeblich so wichtig ist. Wenn ich mich hier so umschaue: Ganze drei Kollegen hören sich ihren eigenen Dringlichkeitsantrag noch an. Das ist eine Zumutung, was Sie hier in der Zwischenzeit betreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Wo sind denn jetzt all die Kollegen, die offensichtlich der Meinung sind, dass sie Vertreter des ländlichen Raums sein müssten und uns hier mit einem Antrag belasten, von dem Sie genau wissen – wir haben ihn im Ausschuss schon beraten –, dass er

keine Chance auf Zustimmung hat? Das ist außerordentlich ärgerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben uns in dem Zusammenhang nichts vorwerfen zu lassen. Wir haben im Übrigen, weil sich dieser Antrag allein auf die Spritpreise bezieht, noch zusätzlich darauf hingewiesen, dass wir eine Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer brauchen. Wir brauchen eine Erhöhung der Pendlerpauschale, und wir brauchen im Übrigen auch eine Dynamisierung der Pendlerpauschale. All das haben wir schon gefordert. Wir gehen noch weiter: Wir brauchen eine inflationsbereinigte Progression bei den Steuersätzen. Das kommt allen zugute. Wir verengen den Blick nicht auf die Steuersätze und auf die Spritpreise, sondern wir machen den Blick weit, und wir haben vor allem einen Blick dafür, was möglich ist und was nicht möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Verständnis. Ich halte es für wesentlich sinnvoller, mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Stimmkreis zu reden als hier im Plenum zu einem AfD-Antrag. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist mal wieder ein reiner Schaufensterantrag der AfD-Fraktion. Wenn man ehrlich ist, ist es eher ein YouTube-Antrag, weil die Rede dafür gemacht ist. Für Sie und Ihr eigenes Interesse kann es nicht gewesen sein, weil kaum jemand von Ihnen da ist. Aber ich kann es auch verstehen, dass Sie noch einen Antrag hochziehen mussten, den Sie dann bei YouTube einstellen; denn Ihre bisherigen Reden beim heutigen Plenartag würde ich nicht auf YouTube einstellen. Wenn Sie das mit der heutigen Rede machen wollen, kann ich nur sagen: Der Antrag hat es inhaltlich nicht wirklich verdient.

Aber schauen wir mal rein: Das ist reine Flickschusterei, die Sie hier im Steuerbereich betreiben. Ich würde das steuersystematischen Wahnsinn nennen, nur das Thema Sprit herauszugreifen und da verschiedene Verrenkungen zu machen. Noch dazu arbeiten Sie sich im Hintergrund eigentlich am Thema CO₂-Preis ab, weil Sie den menschengemachten Klimawandel, die Klimakrise dermaßen leugnen.

Da kann ich dann nur sagen: Diesen Antrag können wir nur aus voller Überzeugung ablehnen. Da Sie selber das als Fraktion kaum interessiert, was hier noch abläuft, können wir es kurz machen: Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es schon im Haushaltsausschuss gesagt: Der Antrag ist reiner Populismus. Man sucht sich ein paar Punkte aus. Klar, die Mineralöl-, Benzin- und Dieselsteuern sind zu hoch. Damals im März war es ein bitterer Aufschlag. Die Preise haben weiter zugelegt. Man muss dringend was tun – aber bitte nicht so. Hier werden steuerrechtliche Regelungen einfach durchgemischt ohne Sinn und Ziel, in der Hoffnung, dass man damit bei der Bevölkerung punktet.

Auch wenn es uns nicht passt: Preise haben auch eine gewisse Signalwirkung. Man muss ganz klar sagen: Der Verbraucher muss wissen, dass er sparen muss, weil es teuer ist, weil der Nachschub fehlt, aus welchen Gründen auch immer. Das kann uns passen oder nicht. Natürlich muss der Staat etwas machen. Aber wenn er etwas tut, dann muss er es mit Sinn und Ziel tun und die Gruppen stärken, die massiv betroffen sind und nicht ausweichen können, gerade im ländlichen Raum, gerade beim Pendler mit der Entfernungspauschale. Der Kollege hat es gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Der Antrag ist auf jeden Fall nicht besser geworden in den drei Monaten, die ins Land gegangen sind, seit er im Haushaltsausschuss war. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir nicht mehr dazu zu sagen brauchen, auch wenn ihr inzwischen zu viert seid. Aber deswegen ist es auch nicht besser.

(Franz Bergmüller (AfD): In der Früh wart ihr auch nicht mehr!)

Wir lehnen den Antrag ab. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Zweck des ermäßigten Steuersatzes ist eigentlich die Sicherstellung des Existenzminimums und die Sicherstellung der erschwinglichen Grundversorgung. Man muss sich jetzt allerdings ins Gedächtnis rufen, dass mehr als 50 % des Kraftstoffverbrauchs nicht durch Privatleute erfolgt, sondern durch Großverbraucher. Die AfD-Fraktion macht mit dem Antrag nichts anderes, als die eh schon problematischen und in den letzten Jahren noch problematischer gewordenen Regelungen zum ermäßigten Steuersatz völlig ad absurdum zu führen. Anstatt tatsächlich die Endverbraucher zu entlasten, macht die AfD-Fraktion eine Steuerregelung zum Steuersparmodell für industrielle Großverbraucher.

Es gäbe natürlich Instrumente, über die man genau die Endverbraucher entlasten kann. Da muss man jetzt nicht unbedingt die Position der CSU-Fraktion teilen, aber die Entfernungspauschale ist das Instrument, über das wir reden. Energiegeld ist das Instrument, über das wir reden, wenn wir die Endverbraucher erreichen wollen.

Kurz und gut: Der Antrag ist steuerrechtlich weder sach- noch fachgerecht. Er ist eine unnötige Subvention für Großverbraucher. Er wird den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht, weil auch Leute, die keinen Verbren-

ner zu Hause stehen haben, von hohen Energiepreisen gebeutelt sind und Entlastung brauchen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Ritter, es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion. Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Ritter, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben moniert, dass durch unseren Antrag die industriellen Großverbraucher auch entlastet werden. Glauben Sie denn nicht, dass das einen großen, vorteilhaften Effekt hätte, wenn die Großverbraucher entlastet sind, also die Industrie entlastet ist? Das führt doch dazu, dass deren Beschaffungs- und Herstellungskosten sinken, sodass das am Schluss eine Auswirkung hat, indem die Produkte wieder günstiger auf den Markt kommen. Wir haben es momentan mit einem Inflationshammer zu tun, den sich die ganze letzte Generation nicht vorstellen konnte. Wir haben so etwas in den letzten 40 Jahren nicht gehabt. Der Antrag ist ein Beitrag, um die Kosten auch für die Industrie zu senken, und damit auch ein Beitrag, um diesen Inflationshammer abzumildern. Davon hat am Schluss wiederum der Verbraucher etwas.

Florian Ritter (SPD): Da sieht man mal wieder, dass Ihre wirtschaftspolitischen Kenntnisse mehr Ideologie als Realität sind. Nur weil die Spritpreise für die Großverbraucher zurückgehen würden, heißt das noch lange nicht, dass das bei den Endverbrauchern ankommt.

(Ulrich Singer (AfD): Natürlich!)

Das ist die eine Sache. Die zweite ist: Wenn es Branchen gibt, die besonders gebeutelt sind und Probleme auf dem Markt bekommen, dann muss man sich diese konkret anschauen und die Branchen stützen. Das machen wir zum Teil schon wie in bestimmten Bereichen der Landwirtschaft. Sie aber nehmen die Gießkanne und schütten drüber. Das ist nicht sachgerecht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es kurz und knapp halten: Der Antrag ist ziemlich populistisch und kommt scheinbar in einem sachlichen Design daher. Wenn man sich den Antrag näher anschaut, dann sieht man, welcher sachliche Unsinn enthalten ist. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen: Einerseits ist die Rede von Steuern auf Steuern. Das ist eigentlich der Hauptantrag. Die Begründung beschäftigt sich nur zur Hälfte mit diesem Thema. In der anderen Hälfte der Begründung ist die Rede von der Umsatzsteuer. In Ihrem mündlichen Vortrag haben Sie zwei Sätze zum Hauptanliegen des Antrags gesagt.

Wir haben oft genug über das Thema Umsatzsteuer und deren Höhe im Hohen Haus diskutiert. Vertreter und Vertreterinnen mehrerer Fraktionen haben aufgezeigt, wo hinsichtlich des EU-Rechts die Grenzen liegen. Auch bei diesem Thema stoßen wir an die Grenzen des EU-Rechts. Die Absenkung der Energiesteuer erfolgte auf das zulässige Minimum.

Sie haben doch noch ein paar Leute im Europarlament sitzen. Zu Europa haben Sie keine besondere Beziehung, das weiß ich, aber Sie haben trotzdem dort ein paar Leute sitzen. Haben Sie dort einmal einen Versuch unternommen, das EU-Recht in Bezug auf die Umsatzsteuer zu ändern? Ich habe auf Anhieb nichts gefunden. Ich muss aber auch zugeben, dass ich nicht allzu lange gesucht habe.

(Franz Bergmüller (AfD): Ja, eben!)

In der Begründung steht noch, um möglichen Entlassungen Zigtausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorzubeugen, ist eine umgehende Absenkung der auf die Kraftstoffe aufgeschlagenen Steuern unabdingbar. Wir sind von der Regierungskoali-

tion einiges gewohnt hinsichtlich Panikmache während der Corona-Pandemie. Aber das übertrifft das noch bei Weitem.

Insgesamt muss man sagen, dass der Antrag fachlich daneben ist und fachlich auch an die falsche Stelle adressiert ist. Ich kann nur sagen: Sie haben mir wieder ein Stück Lebenszeit geklaut.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es bald geschafft. Zum Schluss komme ich wieder einmal mit einem Redebeitrag. Erstens zeigt die AfD mit diesem Dringlichkeitsantrag, wie nahe sie den Interessen des bundesdeutschen Staatsbürgervolkes ist. Zweitens zeigt der Antrag, wie weit sich die Abgeordneten der anderen Parteien – das sind also Sie – von Ihrem Auftraggeber, dem multiethnischen Staatsbürgervolk, entfernt haben. Drittens zeigt der Antrag, wie skrupellos sich der Staat am Bürger ausbeuterisch bereichert. Das wird besonders deutlich, wenn man die Steuer- und Abgabenbilanz des Bürgers sozial kategorisiert bereinigt betrachtet. Ich habe das wiederholt im Parlament getan, zuletzt am 31.05.2022.

Das Thema hat Grundsatzcharakter und ist nicht nur auf die Besteuerung der Kraftstoffe begrenzt. Der Vorredner hat bereits genannt, dass Mehrfachbesteuerung vorliegt, wenn das Steuerobjekt mehrfach, also additiv oder kumulativ, besteuert wird. Bei Kraftstoffen ist das nach dem Empfinden der Bürger gegeben, weil neben der Energie- oder Mineralölsteuer auch CO₂-Steuer und obendrauf noch die Mehrwertsteuer erhoben werden, was zu einem Progressionseffekt führt. Warum der Staat ohne einen für den Steuerpflichtigen erkennbaren Sachgrund Steuer auf Steuern überhaupt erhebt, wurde heute ebenfalls wieder nicht erklärt. Vielleicht wissen Sie das selber nicht. In vielen EU-Staaten hat man die aktuell prekäre Lage der Menschen erkannt und Ent-

lastung geschaffen. Das sieht man an den dortigen Spritpreisen; nicht so bei uns in der Bundesrepublik. Hier wurden mit der befristeten Reduzierung der Mineralölsteuer die Gewinne der Mineralölkonzerne langfristig gesteigert. Dazu könnte man sagen: Dumm gelaufen. – Nein, dummlich gemacht.

Sie alle haben heute die Diskussion darüber verweigert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Dann höre ich auch auf. – Das war heute bei Ihnen keine Sternstunde.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen auch nicht!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Das sind die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir haben den Tagesordnungspunkt 9 abgearbeitet und sind damit am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Es ist zwar noch etwas Sitzungszeit übrig, aber ich gehe von Ihrem Einvernehmen aus, dass ich die Sitzung dennoch beenden kann. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

(Schluss: 17:37 Uhr)